

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linkswoorte-mittelsachsen.de
sowie über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

16. September 2015

Nr. 97

9. Jahrgang



Das 825-jährige Frankenberg/Sa. - mit seinen 14.400 Einwohnern im Dauerwettbewerb mit Mittweida um den Rang drei in der Einwohnerzahl der mittelsächsischen Städte nach Freiberg und Döbeln. Im Jahr 2019 wird Frankenberg Gastgeber der sächsischen Landesgartenschau sein.

Aus der Sicht unseres Titelbildes scheint es, dass die Stadt im wesentlichen aus ihrem Wahrzeichen, der St. Aegidien Kirche mit ihrem markanten Turm und einer Shell - Tankstelle bestehen würde. Im Hintergrund ist die hochmittelalterliche Sachsenburg zu sehen. In deren unmittelbarer Nähe (in einer Spinnerei an der Zschopau) wurde 1933 eines der ersten Konzentrationslager der Faschisten errichtet. Die dahinter liegende Berghöhe trägt den Namen „Treppenhauer“. Bereits in der Mitte des 13. Jahrhunderts begann hier intensiver Bergbau auf Silber, Kupfer und Blei. Aber bereits Mitte des 14. Jahrhunderts wurde der Bergbau wieder eingestellt und die zwischenzeitlich blühende Bergstadt Bleiberg wüst.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Mit Blick nach vorn:

Weichenstellungen für DIE LINKE vom Landesparteitag erwartet

2. Nach der Sommerpause:

Linksfraktion aktiv in den Ausschüssen des Kreistages

3. In der politischen Diskussion:

Der Landkreis Mittelsachsen und die Asyl- und Flüchtlingsfrage

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem das „Sommerloch“ durchschritten ist, gehen wir mit Riesenschritten dem Herbst entgegen. Was die vergangenen Wochen betrifft, hat die Flüchtlings- und Asylfrage und wie in Deutschland mit ihr umgegangen wird, eine ganz neue Dimension erreicht. Und das betrifft jede Stadt und jeden Landkreis in Deutschland, demzufolge auch Mittelsachsen. Der einsetzende mächtige Flüchtlingsstrom, mit dem sich unser Land viel zu spät zu beschäftigen begann, wird die politische Diskussion in den kommenden Wochen und Monaten bestimmen. Logischerweise widmen auch wir uns in unserer heutigen Ausgabe dieser Frage, mit Beiträgen von MdL Dr. Jana Pinka im nebenstehenden „standpunkt“, von Michael Matthes in der „kolumne“, von Marika Tändler-Walenta und der Kreistagsfraktion im Titelthema -3- auf Seite -8-.

Auch die politische Arbeit der LINKEN, die auf Kreis- und Landesebene in den vergangenen Wochen auf Sparflamme lief, dürfte nun wieder Fahrt aufnehmen. Es ist zu erwarten, dass vom Landesparteitag am 12. und 13. September dazu wichtige strategische und personelle Weichenstellungen ausgehen. Leider findet er am Wochenende vor unserem Redaktionsschluss statt. Wir können also erst in unserer Oktober-Ausgabe darüber berichten. Allerdings hat sich der Kreisvorstand auf seiner Sitzung am 9. September ausführlich mit der Vorbereitung dieses Parteitagbeschlusses beschäftigt und wir können heute - da wir den Redaktionsschluss um einen Tag verschoben haben - auf Seite -4- darüber berichten. Wir informieren auf Seite -5- auch über den Fortgang der Kampagne der LINKEN „Das muss drin sein“.

Auch die kommende Beratung des mittelsächsischen Kreistages am 23. September können wir erst im Oktober auswerten. In unserem heutigen Heft berichten wir aus der Arbeit in den Ausschüssen des Kreistages und legen dabei den Schwerpunkt auf den Jugendhilfe-Ausschuss. Als neues Mitglied der Fraktion der LINKEN stellen wir Jörg Hommel aus Frankenberg vor.

Ausführlich in Wort und Bild informieren wir - wie bereits in unserer August-Ausgabe - über die umfangreiche Sommertour unserer Landtagsabgeordneten Jana Pinka und ihre Teilnahme an der Aktion „Perspektivwechsel“. Wir haben uns auch nochmals mit der Zielstellung unserer bis zu den Bundestagswahlen 2017 laufenden neuen Serie zur politischen Bildung und Information beschäftigt. Dazu waren wir im Gespräch mit unserem Redaktionsmitglied Dr. Achim Grunke aus Freiberg, der die Serie im Auftrag der Redaktion begleiten und ihr wichtigster Ideengeber sein wird. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende Lektüre.

die größte politische herausforderung der nächsten jahre

von MdL Jana Pinka, Freiberg

Die sächsische Gesellschaft steht vor der größten politischen Herausforderung der nächsten Jahre. Seit vielen Monaten diskutieren wir um das Thema Flüchtlinge auch im Sächsischen Landtag. Und wahrscheinlich redet nach den Vorkommnissen im August in Heidenau auch die halbe Welt über Sachsen.

Asylpolitisch ist nicht absehbar, dass sich die Fraktionen auf einem kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Das hat eine Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 1. September 2015 verdeutlicht. Bereits die Analyse, dass Waffenexporte aus Deutschland heraus, eine Ursache von Flucht und Vertreibung sind, sehen die Konservativen anders als wir.

Trotzdem muss es jetzt darum gehen, dass wir mit demokratischen Sozialisten und Christ-Demokraten gemeinsam nach Wegen suchen müssen, wie die derzeitig zum Teil untragbaren Verhältnisse für AsylbewerberInnen überwunden werden können. Dazu kann man sich vor Ort auf eine Art „Runder Tisch zum Thema Asyl“ und auf Landesebene auf Asylgipfeln oder auf Flüchtlingskonferenzen zu Übereinkommen vereinbaren.

So sollte zum Beispiel alles dafür getan werden, dass kein einziger Flüchtling mehr in einem Zelt „wohnen“ muss, weil das maximal sozial unverträglich ist. Auch geht die Integration der Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung gegen Null. Hier müssen Gesetze geändert werden und keiner Unternehmerrln verboten sein, einen Flüchtling zu beschäftigen.

Wir stehen vor länger anhaltenden Migrationsbewegungen aus vielen Krisenherden der Welt nach Deutschland, nach Sachsen, nach Mittelsachsen - die damit verbundenen sozialen Auswirkungen werden wir nur bewältigen, wenn es noch mehr Menschen gelingt, sich in eine immer bunter werdende Gesellschaft einfach ganz persönlich einzubringen.

Hierzu gehören beispielhaft auch die von unserer Fraktion aufgestellten Forderungen zur:

- Sicherstellung individueller Begleitung jedes Flüchtlings mit sozial-psychologischer Betreuung
- Unabhängigen Asylverfahrensberatung
- Gesteuerten Unterbringungs- und Wohnraumakquise
- Begrenzung des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen auf maximal drei Wochen für Menschen, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen
- Bereitstellung Sprach- und Orientierungskurse sowie Qualifikationschecks
- Vollkostenerstattung des Landes für Landkreise und kreisfreie Städte für Flüchtlinge und Leistungsempfänger nach § 25, Abs. 5 Aufenthaltsgesetz
- Arbeit an einem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz.

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & tage der erinnerung und mahnung
4/5	titelthema 1: landes- und kreisparteitage der linken
6/7	titelthema 2: die linke in den ausschüssen des kreistages
8	titelthema 3: asylpolitik
9	sommertour von mdl dr. jana pinka
10	serie zur politischen bildung: beitrag -2-
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage oktober 2015
12	termine & trauer & nie wieder faschismus

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 21. Oktober 2015. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 14. Oktober. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und das Archiv aller Hefte seit September 2007.

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

Irgendwo auf einem kalifornischen Kampground war mal das WLAN so, dass ich außer dem Abholen von eMails auch ins Internet schauen konnte. Auf der Kachel „Nachrichten“ ein Bild. Es war in meinem Geburts- und Wohnort Heidenau aufgenommen. Das waren vielleicht meine ehemaligen Schulkameraden, deren Kinder und Kindeskinde. Oder Bekannte, die ich schon lange kenne und die nun dem Nazi-Mob Spalier boten. Ganz sicher sind es Leute, die den Verstand nicht immer gebrauchen und die deshalb Ursache und Wirkung verwechseln. Aber man könnte mit ihnen reden; man könnte es versuchen, sie aus dem Nazi-Publikum herauszulösen. Doch dann dieser unsägliche Gabriel. Prompt hielt danach irgend-einer das Schild hoch – „Wir sind das Pack!“.

Zum Glück ist das (noch) nicht typisch. Und doch gibt es eine Kehrseite, und der müssen wir im Interesse der Hilfe für die tatsächlich Schutzbedürftigen vorbeugen. Ein merklicher Anteil der Einwanderer kommt aus einem Lebensmilieu, das die Zustände in Deutschland als paradisiatisch empfinden muss. Das Lebensmilieu im Heimatland derer ist aber auch gekennzeichnet von Verbrechen, Brutalität und Kampf ums Dasein. Dementsprechend ist deren Verhalten hier. Jeder, der jemals dies aus nächster Nähe gesehen hat, weiß, da hilft kein gutes Zureden, da hilft nur ein Einschreiten, notfalls auch mit Gewalt.

Sollte es sich also als wahr erweisen, dass die Norma- und die Netto-Kaufhalle an der Chemnitzer Straße in Freiberg so beklaut wird, dass die Verluste jedes erträgliche Maß überschreiten, dann müsste eingeschritten werden. Wenn das unterbleibt oder wenn es schön geredet wird, verliert man das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger.

Sollte es sich als wahr erweisen, dass Studenten der Bergakademie in Freiberg die Wohnheim-Unterkünfte gekündigt werden, weil der (private) Vermieter von staatlichen Stellen mehr Mieteinnahmen angeboten bekommt, können wir nicht erstaunt sein, wenn sie den Rechtsaußen zuhören. Sollte es sich als wahr erweisen, dass junge Familien ihre Lebenspläne ändern müssen, weil Kinder von Einwanderern per Auflage vom Staat in den Kitas bevorzugt werden müssen, dann ist das eine provozierende Verantwortungslosigkeit der Behörden. Und nun folgendes Gedankenspiel: Der (nicht große) Anteil der deklassierten Einwanderer an der Gesamtzahl der Einwanderer, die keine Chance aufs Hierbleiben haben, bildet Banden und geht auf Raubzüge. Die gewaltbereiten Nazis bilden nach der ersten Plünderung Schutzstaffeln (SS). Und die „Staatsmacht“ wird des Ganzen schon am Anfang nicht mehr Herr. Es prüfe jeder, wie weit weg er dieses Szenario von der realen Möglichkeit hält. (mm)

nie wieder krieg - nie wieder faschismus !

von Ruth Fritzsche

Am 18. August trafen sich wie in jedem

Jahr Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE Ortsverband Freiberg und des Vereins „Rotfuchs“ zum 71. Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann in Buchenwald. Die Teilnahme war in diesem Jahr außerordentlich groß und fast jeder Teilnehmer legte als persönliche Ehrung für Thälmann Blumen nieder. In einer eindrucksvollen Rede würdigte Genosse Lothar Hunger den Mut und die Unerschrockenheit von Thälmann während seiner Haft in Bautzen: Kurz nach seinem 52. Geburtstag kam

der Kriminalrat Opitz in seine Zelle und sagte ihm höhnisch, er sei draußen in der Welt schon völlig vergessen. Keine Blume, keine Briefe, nicht einmal eine Karte hätte er zu seinem Geburtstag bekommen, was gelogen war. Er solle doch eine Broschüre schreiben und darin verkünden, dass er sich umgestellt und seine idiotische Weltanschauung aufgegeben habe. Thälmann antwortete ihm: Sie sind ja ein ganz gemeiner Schuft, das werden sie von mir nie erleben und wenn ich hier solange sitzen sollte, bis ich verreckt bin.“ - Aus einem Beitrag von Willy Bredel. - Unsere Gedenkstunde ist immer eine feierliche Angelegenheit. Mit Kampfliedern, die vom Genossen Tolke eingespielt werden, beginnt und endet in jedem Fall die Ehrung.

Gemeinsam mit der VVN-BdA begehen wir am 13. September 2015, dem 2. Sonntag im September, in diesem Jahr zum 25. Mai den Tag der Erinnerung und Mahnung. Wir erinnern uns an diesem Tag zu allererst, als am 9. September 1945 auf Beschluss des Berliner Magistrats zum ersten Mal der Tag der „Opfer des Faschismus“ begangen wurde. Dieser Tag fiel auf den 2. Sonntag im September. Überlebende



Fotos: K. Ufer

der Konzentrationslager und Zuchthäuser begründeten damit vor 70 Jahren die Tradition, am 2. Sonntag im September der Opfer des Faschismus zu gedenken. Damals nahmen zehntausende Berlinerinnen und Berliner teil, darunter Frauen und Männer unterschiedlicher Gruppierungen des deutschen Widerstandes, Überlebende des Holocaust sowie Angehörige und Freunde der in der NS-Zeit Ermordeten. Alle vier Besatzungsmächte haben damals diese Kundgebung unterstützt. Sie fand im Neuköllner Stadion statt, welches in Werner-Seelenbinder-Kampfbahn umbenannt wurde. Wir Freiburger Antifaschisten haben während der DDR-Zeit jährlich immer am 2. Sonntag im September auf dem

Sowjetischen Friedhof auf der Himmelfahrtsgasse sowohl der Toten des antifaschistischen Widerstandskampfes als auch der gefallenen Rotarmisten gedacht. Wir als Freiburger Linken einschließlich der Mitglieder der VVN-BdA sind aber auch nach 1989 unserer Gedenktradition treu geblieben und haben diesen Tag der Erinnerung und Mahnung als Aktionstag gegen Rassismus, Neunazismus und Krieg aufrecht erhalten. Denn wir wissen alle, der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ ist noch lange nicht verwirklicht. Der rasante Aufstieg neofaschistischer und rechtspopulistischer Kräfte in nahezu allen europäischen Ländern verlangt entschiedenen Widerstand. In Anbetracht der vor allem aus den arabischen Kriegsgebieten kommenden Millionen Flüchtlinge muss es auch an diesem Tag unser Anliegen sein, gegen den nazistischen und Pegida-Mob vorzugehen, die als „besorgte Bürger“, getarnt Flüchtlinge angreifen

und nicht davor zurückschrecken, für Asylbewerber vorgesehene Heime in Brand zu stecken. Wir treten dafür ein, dass die Flüchtlinge den staatlichen Schutz genießen und erwarten, dass diesem rassistischen Mob auch politisch eindeutig Grenzen gesetzt werden.



Traditionelle Ehrung von Ernst Thälmann am 18. August in Freiberg

es geht um die strategische Ausrichtung der sächsischen Linken - nach misslungenen Wahlen

Selbst die Presse hat erkannt, dass bei den sächsischen Parteien im Herbst interessante politische Weichenstellungen zu erwarten sind. Und den Auftakt für die Landesparteitage gibt am kommenden Wochenende (vom Redaktionsschluss aus betrachtet) DIE LINKE.

Leider findet der 12. Landesparteitag gerade an diesem Wochenende statt, wo unsere Zeitung bereits in der Druckerei ist. Was uns nicht daran hindern soll, an dieser Stelle einen Blick auf das bevorstehende Ereignis, was von beachtlicher Bedeutung für die Zukunft der sächsischen LINKEN werden dürfte, zu werfen. Zumal die zur Diskussion stehenden Positionspapiere und Anträge sowie der vorgesehene Zeitplan rechtzeitig für jedermann im Internet einzusehen waren.

Und es gibt einen weiteren Grund, bereits an dieser Stelle auf den Landesparteitag einzugehen. Erstmals seit langer Zeit hat der Kreisvorstand in Vorbereitung eines Landesparteitages nämlich die Delegierten eingeladen, um sich mit ihnen zu verständigen. Und da diese Beratung ausnahmsweise an einem Mittwoch, dem 9. September stattfand, haben wir kurzerhand den Redaktionsschluss unserer Zeitung um einen Tag verschoben und berichten auf dieser Seite auch über die genannte Beratung.

von Hans Weiske

Mit den Weichenstellungen des Landesparteitags am kommenden Wochenende beginnt eine neue Etappe für den sächsischen Landesverband der LINKEN. Hoffentlich wird es kein Fehlstart. Denn die Startbedingungen sind meines Erachtens nicht die besten. Wurde doch der seit längerem andauernde Richtungsstreit mit in die Zeit nach den Landtagswahlen im vergangenen Jahr genommen. Mehr noch, er scheint sich weiter verschärft zu haben.

Ein kleiner Rückblick. Bereits zu den **Landtagswahlen 2009** musste die sächsische LINKE herbe Verluste verkraften. Sie verlor gegenüber 2004 drei Prozent der Wählerstimmen und fiel auf 20,6 Prozent. Die Fraktion verkleinerte sich auf 29 Mitglieder. Es wurde versucht, sich mit Blick auf die Wahlen 2014 neu zu erfinden - mit einem ganzen Bündel der verschiedensten „Leitlinien“, über die inzwischen kein Mensch mehr spricht. Hinzu kam eine völlig neue Fragestellung: Soll man das Hauptaugenmerk auf konsequente Oppositionsarbeit oder auf ein Bündnis Rot-Rot-Grün legen, mit dem die Herrschaft der CDU unter dem Motto „25 Jahre sind genug!“ gebrochen werden kann. Das Ergebnis ist bekannt: Bei den **Landtagswahlen im vergangenen**

Jahr erreichte DIE LINKE nur noch 18,9 Prozent der Stimmen. Die Anzahl der Landtags-Mandate für DIE LINKE ging um weitere drei zurück.

Und mit dem Wahlabend begann der große Streit. Analysen und Positionspapiere mit teilweise harscher Kritik an Landesvorstand und -vorsitzenden machten die Runde. Kern der Kritik: Die Strategie der Partei im Vorfeld der Wahlen habe nichts getaugt. For-



Das Motto der Landesparteitage in der vergangenen Legislatur: „Fragend schreiten wir voran...“ Viele Fragen blieben unbeantwortet oder endeten im Dissens.

derungen nach Schlussfolgerungen machten die Runde. Das ließ der Landesvorstand mit dem Hinweis darauf, dass zunächst eine gründliche Auswertung der Wahlergebnisse erforderlich sei, ehe man sich mit strategischen Überlegungen für die kommenden Jahre beschäftigen könne, zunächst von sich abtropfen. Es dauerte also seine Zeit. Und die

war zudem „gewürzt“ durch die „Unrechtsstaat-Debatte“ zur DDR, erneut losgetreten durch die rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen in Thüringen.

Erst am 21. März gab eine Veranstaltung der Grundsatzkommission beim Landesvorstand unter dem Motto „Welche Zukunft wollen, welche Zukunft haben wir?“ den Auftakt für die so genannte Strategiedebatte. Es folgten drei „Strategiekonferenzen“ und der Aufruf an die Partei, sich mit Beiträgen an der Strategiedebatte zu beteiligen. All das sollte in den „Strategieparteitag“ am kommenden Wochenende einfließen. Bewerbstelligen wollte man das, indem man die Erkenntnisse der Strategiedebatte in einem Leit Antrag bündelt und diesen dem Landesparteitag vorlegt.

Was die aktuelle Entwicklung der vergangenen Tage betrifft, stütze ich mich auf die große Anzahl der im Internet veröffentlichten Arbeitshefte mit Anträgen und Änderungsanträgen sowie auf Bemerkungen von Falk Neubert und Marika Tändler-Walenta zur gestrigen Kreisvorstandssitzung. Nach Lage der Dinge wird der ursprüngliche Zeitplan des Parteitages verändert, um eine intensivere Diskussion des Leittrages, von Dringlichkeitsanträgen sowie der vorgeschlagenen Satzungsänderungen zu ermöglichen. Aber die ganze Sache dürfte anders laufen, als von der Parteitagsregie ursprünglich angedacht. Denn den angestrebten Leit Antrag, in dem - wie bereits gesagt - die Erkenntnisse der Strategiedebatte gebündelt vorliegen, wird es nicht geben. Dafür waren die Meinungsunterschiede zu groß. Stattdessen werden den Delegierten nach Lage der Dinge drei Dokumente zur Diskussion gestellt:

- Den Leit Antrag an den 12. Landesparteitag „DIE LINKE 2015 - wo wir stehen und worauf wir aufbauen können“
EinreicherInnen: Mitglieder des Landesvorstandes

(Dazu gibt es 91 Änderungsanträge)

- Den Sachantrag „ZEIT FÜR VERÄNDERUNG - DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen“
EinreicherInnen: SprecherInnenrat Liebknecht-Kreis Sachsen (ebenfalls mit diversen Änderungsanträgen)
- Den Sachantrag „Was jetzt zu tun ist!“
EinreicherInnen: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin und Rico Gebhardt, Landesvorsitzender.

Bleibt es bei den vorgesehenen Abstimmungsmodalitäten, kann der Delegierte bei jedem der drei Anträge entscheiden, ob er ihm zustimmt, sich enthält oder ihn ablehnt. Welches Ergebnis am Ende unter dem Tagesordnungspunkt „Einbringung und Diskussion zum Leit Antrag der LINKEN Sachsen“ also herauskommt, steht meiner Auffassung nach in den Sternen. Es sei denn, die Delegierten belehren mit eines Besseren.

Natürlich gab es im Kreisvorstand zu diesem Durcheinander eine intensive Debatte. Jana Pinka, die als stellvertretende Landesvorsitzende kandidiert, brachte es auf den Punkt: „Es dürfte ein sehr schwieriger Parteitag werden. Ich glaube, er wird viele der Delegierten überfordern.“ Zumal zu aktuellen Fragen, wie Asyl, bedingungsloses Grundeinkommen und Tarifautonomie weitere Sach- und Dringlichkeitsanträge eingereicht wurden und werden sowie in den vorgeschlagenen Satzungsänderungen u.a. die Bildung eines Landesausschusses vorgeschlagen wird. Kein Wunder also, dass es bereits Anträge aus Kreisverbänden gibt, die Satzungsänderungsanträge von der Tagesordnung zu nehmen.

#12|pt

12. Landesparteitag
12./13. September 2015
ParkArena Neukieritzsch

Alle Infos, Anträge und
Liveberichterstattung auf
der Themenseite...



neue kampagnenphase: „das muss drin sein: befristung und leiharbeit stoppen“

Wir dokumentieren einen **Brief der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger** von 31. August:

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute haben wir unsere nächste Kampagnenphase „Das muss drin sein: Befristung und Leiharbeit stoppen!“ sowie die bundesweite Unterschriftensammlung der Presse und Öffentlichkeit in Berlin vorgestellt. Jetzt heißt es online und auf der Straße: „Deine Stimme gegen Befristung und Leiharbeit!“

Die Zahl unsicherer Arbeitsverhältnisse ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Fast 2,8 Millionen Beschäftigte haben inzwischen nur noch einen befristeten Job. Junge Frauen sind besonders stark betroffen: nur noch ein Drittel der mit ihnen neu abgeschlossenen Arbeitsverträge ist unbefristet. Dabei sollen doch gerade junge Menschen ihre Zukunft planen und eine Familie gründen. Wir sagen: Schluss mit Leiharbeit, sachgrundlosen Befristungen und Kettenbefristungen. Mit vielfältigen Aktionen – zum Beispiel vor Berufsschulen oder vor ausgewählten Betrieben – wollen wir insbesondere jüngere Menschen ansprechen und ihnen ein Angebot machen, mit uns gemeinsam Druck zu machen für gute Arbeit, mit der alle ihre Zukunft planen können – das muss drin sein! Wir freuen uns, wenn Ihr Eure Aktion auf unserer Kampagnenseite präsentiert.

Wir wollen mit einer bundesweiten Unterschriftensammlung gegen Befristung und Leiharbeit aktiv werden. Jede und jeder von Euch kann dies sofort tun – in wenigen Minuten seine Stimme erheben:

- Unterzeichnet online unter www.das-muss-drin-sein.de unseren Aufruf gegen Befristung und Leiharbeit. Leitet ihn direkt per Mail oder Facebook an Freunde und Verwandte weiter.
- Auf unserer Aktionspostkarte „Frist oder Stirb“ kann direkt gegen Befristung und Leiharbeit unterschrieben werden. Unterschriebene Postkarten am besten gleich einsammeln und gesammelt zurück an die Bundesgeschäftsstelle schicken.
- Nutzt die Unterschriftenliste direkt zum Sammeln bei Versammlungen, bei der Volkssolidarität oder beim Stammtisch.

Alle Informationen zur Aktionsphase sind auch in einer kompakten Handreichung zusammengefasst.

Auch an anderer Stelle sind wir gefragt: Europaweit haben mehr als 2,5 Millionen Menschen für die Europäische Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA unterschrieben. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen: Gemeinsam mit zehntausenden Menschen aus dem ganzen Land werden wir am Samstag, dem 10. Oktober, in Berlin unter dem Motto „**TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!**“ auf die Straße gehen. Mit einem großen LINKE-Block wollen wir unseren Beitrag zu einer echten Großdemonstration leisten – das geht nur gemeinsam mit Euch!

Helft mit, die Demonstration bekannt zu machen, zum Beispiel indem Ihr diese Mail weiterleitet oder auf Facebook einladet: www.facebook.com/events/1460669014249917/

Ihr wollt auf der Straße, in Kneipen, Nachbarschaftszentren oder anderenorts Handzettel verteilen? Den angehängten LINKE-Handzettel erhaltet Ihr bei Eurem Ortsvorstand.

Und wer am 10. Oktober auf der Demonstration selbst mit anpacken will, kann sich gerne schon jetzt beim zentralen Vorbereitungsteam der LINKEN melden (ttip@die-linke.de). Benötigt werden Genossinnen und Genossen, die LINKE-Transparente tragen können oder LINKE-Luftballons und LINKE-Material in der Demonstration verteilen und natürlich Ordnerinnen und Ordner für unseren LINKE-Block. Weitere aktuelle Informationen findet Ihr auf der LINKEN-Themenseite www.ttip-stoppen.de und auf der Webseite des Demo-Bündnisses www.ttip-demo.de.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping Bernd Riexinger



unseren protest nach berlin tragen ! für einen gerechten welthandel !

von Ruth Fritzsche

Auch wir als mittelsächsische LINKE werden uns an der großen Demo in Berlin – zu der unsere beiden Parteivorsitzenden nebenstehend aufrufen – beteiligen. In Vorbereitung dieser Demo fand am 7. Spetember beim Kreisvorstand des DGB eine Beratung statt. Der DGB will für diese Demonstration werben und stellt Omnibusse zur Verfügung. Ich habe an dieser Beratung teilgenommen. Wir können uns darüber freuen, dass sich der DGB auch bundesweit in dieses große Bündnis einordnet. In einem Beitrag für das „neue deutschland“ kommt zum Ausdruck, dass sich die die Gewerkschaften lange zurückgehalten haben, doch je mehr Informationen öffentlich werden, desto klarer ist: Arbeitnehmerrechte stehen zur Disposition. So wurde auch im Bundesvorstand des DGB dieses Bündnis vorgestellt. Von einem DGB-Bundesvorstandsmitglied wurde u.a. zum Ausdruck gebracht „wenn wir heute nicht für unsere Rechte eintreten, werden vielleicht morgen Errungenschaften des Sozialstaates zum nicht tarifären Handelshemmnis erklärt, etwa bei der Sonntagsarbeit.“ Auch andere Bündnispartner kritisierten die geplanten Maßnahmen. Demnach sollen Gesetzesvorhaben zukünftig zwischen den USA und den EU abgestimmt werden. Wenn zukünftig etwa Umweltstandards verbessert werden sollen, dann werden die zuständigen Parlamente bestimmte Gesetzesinitiativen noch nicht einmal zu Gesicht bekommen, weil sie als Handelshemmnisse eingestuft werden. Diese Pläne widersprechen demokratischen Prinzipien.

Das Bündnis fordert stattdessen eine alternative Handels- und Investitionspolitik, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Positive Wirkungen, wie sie z.B. die Bundesregierung vertritt, sehen die Kritiker nicht. Parteien gehören nicht zum Trägerkreis. DIE LINKE, die Grünen, die Piraten und die ÖDP unterstützen die Demo. Die SPD ist sich wieder einmal nicht einig. Zum Ablauf der Demo: Die Demo startet um 12 Uhr am Berliner Hauptbahnhof und führt zur Straße des 17. Juni.

Die Genossinnen und Genossen aus Freiberg, die teilnehmen wollen, melden sich bitte bei mir. Am 10.10.2015 fährt um 06.20 Uhr ein Omnibus des DGB ab Busbahnhof Freiberg, Roter Weg (Sonderstand). Omnibusse des DGB fahren auch von Mittweida, Bahnhof ab 06.00 Uhr und Döbeln, Hauptbahnhof ab 06.30 Uhr.

aus der arbeit der ausschüsse des mittelsächsischen kreistages mit dem

Der nächste Kreistag findet am 23. September statt. Aus diesem Grund möchten wir über Sachthemen aus den Ausschüssen des Kreistages (öffentlicher Teil) berichten.

Verwaltungs- und Finanzausschuss

Übertragung der Bibliotheken im Raum Rochlitz an die Stadt Rochlitz

Ein „Erbe“ aus dem Altlandkreis Mittweida ist die Bibliothek Rochlitz sowie die Fahrbibliothek des Raumes Rochlitz. Für alle anderen Bibliotheken im Landkreis ist der Träger die jeweilige Stadt. Nur in Rochlitz war das anders. Beide Einrichtungen sind in den letzten Jahren von der Mittelsächsischen Kultur gGmbH geführt worden. Der überwiegende Anteil der Aufgaben der Bibliotheken betrifft die Stadt Rochlitz. Aus diesem Grund wurde der Vertrag zum 31.12.2014 gekündigt. Wirksam wird die Kündigung erst zum 31.12.2015. Die Beteiligten – Mittelsächsische Kultur gGmbH, Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen, Stadt Rochlitz und der Landkreis Mittelsachsen sind übereingekommen, dass aus diesem Grund eine analoge Handhabung wie in den Altkreisen Freiberg und Döbeln erfolgen sollte. Der Vertrag beinhaltet einen festgelegten pauschalen Zuschuss, inhaltlich angelehnt an die Regelungen des Altkreises Freiberg.

Ausschuss für Umwelt und Technik

Jährlich wieder beschäftigt sich der AUT mit der **Ausschreibung und Lieferung des Auftausalzes**. Da die Landkreiseigenen Straßenmeistereien auch Staatsstraßen und Landesstraßen betreuen, gibt es folgenden Verteilschlüssel für die Kosten:

- Bund 18,64 Prozent
- Land 41,15 Prozent
- Landkreis 40,21 Prozent

Der Zuschlag wurde an die Deutscher Straßen-Dienst GmbH Hannover erteilt. Die Aufteilung auf die mittelsächsischen Straßenmeistereien erfolgt mit folgenden Liefermengen:

- Brand-Erbisdorf 2.000 Tonnen
- Döbeln 1.700 Tonnen
- Freiberg 1.600 Tonnen
- Hainichen 1.400 Tonnen
- Mühlau 1.100 Tonnen
- Rochlitz 1.200 Tonnen

Jugendhilfeausschuss

1. überplanmäßige Aufwendungen für den Bereich der Jugendhilfe

In den letzten Jahren mussten immer wieder zusätzliche Mittel aufgebracht werden, um die steigenden Kosten folgender Bereiche zu decken:

- Förderung der Erziehung in der Familien
- Hilfen zur Erziehung
- Hilfen für junge Volljährige
- Inobhutnahme
- Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII

Zudem gibt es noch ein erhebliches Haushaltsrisiko im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege. Insgesamt wird mit einem Mehrbedarf von 1.276 TEUR gerechnet.

Gründe sind beispielsweise die tarifbedingten Kostensteigerungen in den Angeboten der Träger. Auch sind wie schon im Vorjahr die Ersatzansprüche anderer Jugendämter durch Zuständigkeitswechsel enorm. Hierunter fallen z.B. Zuzüge aus anderen Landkreisen von Müttern mit mehreren Kindern, die entsprechende Hilfen benötigen.

Das Jugendamt verzeichnet auch eine Steigerung bei der Unterbringung von jungen Müttern in Heimen und betreuten Wohngruppen nach § 19 SGB VIII.

Bei den Hilfen zur Erziehung sind in allen Bereichen Steigerungen zu verzeichnen. Besonders die Bereiche sozialpädagogische Familienhilfe, der flexiblen Hilfen zur Erziehung – wie aktivierende Familienhilfe und integrative Familienbegleitung-, des Erziehungsbeistands und der stationären Unterbringung. Die Jugendhilfe ist zunehmend mit Familiensystemen konfrontiert, die ihre Betreuungs- und Erziehungsaufgaben nicht adäquat bewältigen und umfangreiche Unterstützung bedürfen. Insbesondere junge Familien sind heute schlechter in der Lage, die Grundbedürfnisse ihrer Kinder zu erkennen und zu befriedigen. Sie benötigen umfangreiche Anleitung zur eigenen Nachreife bei parallel erforderlicher Entwicklungsförderung der Kinder. Trotz aller Bemühungen gibt es dennoch Situationen, wo eine befristete oder dauerhafte Fremdunterbringung zur Abwendung von Kindeswohlgefährdungen erforderlich wird.

Im Bereich Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen/Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII gibt es ebenso steigende Bedarfe. Besonders bei den Kindern und Jugendlichen, die auf Grund medizinischer Diagnosen und festgestellter Beeinträchtigungen von seelischer Behinderung bedroht sind. Betroffene Eltern, aber auch stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind zunehmend damit konfrontiert, dass Schulen ohne zusätzliche Einzelfallhilfen über die Eingliederungshilfe nicht bereit sind, die Kinder überhaupt zu beschulen. Jugendliche weisen zudem heute mit 18 Jahren im Vergleich zu früher überwiegend verzögerte Entwicklungsverläufe bis hin zu seelischen Störungen auf. Deshalb muss diesen jungen Menschen geholfen werden, damit sie überhaupt auf den Weg in ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben finden.

Die Kostendeckung all dieser Mehraufwendungen erfolgt aus Minderausgaben bei den Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II.

2. Örtliche Angebote und Leistungen der internationalen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendberufshilfe 2015

Im Juni gab der Kommunale Sozialverband Sachsen weiter Mittel des Freistaates Sachsen im Rahmen der Förderrichtlinie Jugendpauschale frei. Der Landkreis Mittelsachsen erhält 20TEUR und muss aus seinem Haushalt Mittel in gleicher Höhe zuschießen. Die Mittel müssen zweckgebunden für Angebote der internationalen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendberufshilfe.

Nun ist es schon sehr schwierig, wenn so spät im Jahr ausschließlich für diese Zwecke gebundene Mittel ausgereicht werden. Schließlich ist die Planung von Sommerferienlagern und ähnlichen sehr viel langfristiger. Jetzt werden Vereine aufgefordert, Projekte zu entwickeln, die den vorgegebenen Richtlinien entsprechen. Vielleicht kann über diesen Weg eine Information an Sportverein aber auch Träger der freien Jugendberufshilfe erfolgen, die noch für die Herbstferien entsprechende Angebote planen. Ansprechpartner und Bewilligungsbehörde ist hier das Referat Fachdienste der Abteilung Jugend und Familie.

3. Jugendhilfebericht 2014

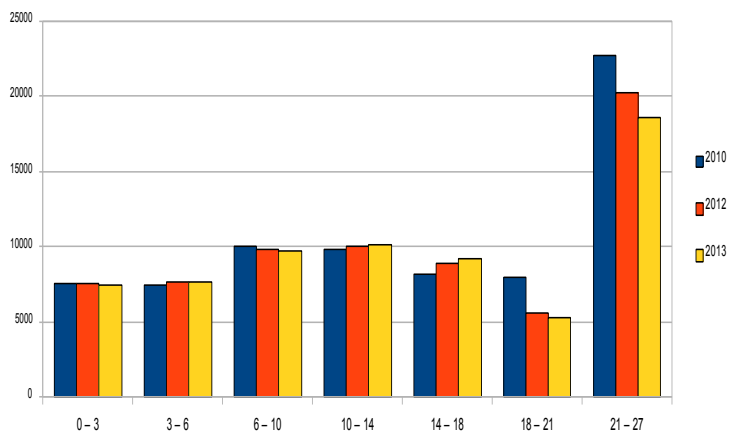
Der Jugendhilfebericht ist unterteilt in den statistischen Teil, den Bereich des Jugendhilfeausschusses sowie den Leistungsbereich der Kinder- und Jugendberufshilfe.

Zur Statistik

Insgesamt lebten zum 31.12.2013 67.975 junge Menschen unter 27 Jahren im Landkreis. Während die Gesamtbevölkerungszahl im Landkreis seit 2010 um 2% zurückging, war dies im Bereich der jungen Menschen 3%. Leider lagen zum Zeitpunkt des Berichtes noch keine Zahlen vom 31.12.2014 des statistischen Landesamtes Sachsen vor.

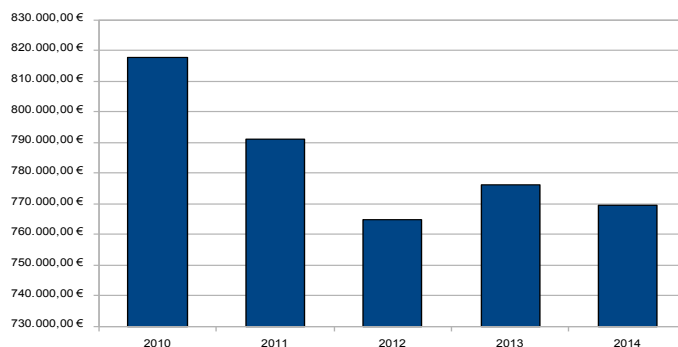
schwerpunkt des jugendhilfeausschusses

von kreisrätin sabine lauterbach



Landkreiseinwohner unter 27 Jahren nach Altersgruppen zum 31.12. 2013

Vom Freistaat Sachsen werden die Mittel über die Jugendpauschale verteilt. Diese wird pro jungen Menschen unter 27 Jahren in Höhe von 10,40 € gezahlt. Zusätzlich hat der Landkreis Mittelsachsen für das Jahr 2014 noch 43 TEUR aus noch zur Verfügung stehenden Mittel erhalten.



Entwicklung der Jugendpauschale seit der Absenkung von 14,30 € auf 10,40 € im Jahr 2010

Diese Mittel fließen in den Kreishaushalt ein und sind zweckgebunden einzusetzen.

Die 2014 ausgereichten Fördermittel in Höhe von ca. 770.000 Euro waren nicht einmal auskömmlich für die Jugendarbeit (ca. 870.000 Euro), die Jugendsozialarbeit (ca. 218.000 Euro) sowie den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (ca. 48.000 Euro).

Insgesamt betragen die Ausgaben für die Arbeit mit der Jugend im Kreishaushalt im vergangenen Jahr ca. 1.268.000 Euro.

für die linke neu im mittelsächsischen kreistag - jörg hommel aus frankenberg

von Hans Weiske

Wir trafen uns auf dem Frankenberg Markt am Tag, bevor Jörg Hommel mit seiner Frau für einige Tage in den Urlaub aufbrach. Zur Familie gehören noch zwei erwachsene Kinder. Jörg Hommel war - wie von uns berichtet - auf dem Kreistag am 8. Juli für den ausgeschiedenen Jens Stahlmann als Kreisrat für DIE LINKE nachgerückt. Sein Betätigungsfeld wird er vor allem im Haushaltsausschuss finden.

Jörg Hommel - Jahrgang 1965 - wuchs in Elsterwerda auf. Die „große Politik“ spielte zuhause kaum eine Rolle, seine Mutter war „einfache Arbeiterin“. Jörg erlernte den Beruf eines Chemiefacharbeiters in Schwarzheide, bekennt aber, dass er lieber Meliorationstechniker oder Bäcker geworden wäre. Mit 18 Jahren ging er aus Überzeugung, einer guten Sache zu dienen, zum MfS, welches bis zur Wende seine berufliche („militärische“) Heimat war. Das verfolgt ihn bis heute, wenn er auch im Jahr 2015 noch als engagierter LINKER von Rechten als „Stasi-Hommel“ beschimpft wird.

Nach der politischen Wende war es

für Jörg Hommel schwer, beruflich Fuß zu fassen, denn der „Ruf der Straße“, „Stasi in die Produktion“, zog in der neuen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr. Als Texturierer kam er schließlich unter, aber wie bei

allen künftigen Arbeitsstellen auch, nie mit festen tariflichen Regelungen. Und da er sich - ob als Texturierer, Busfahrer oder Automatenbediener - in den tariflichen und anderen Auseinandersetzungen stets als Interes-

senvertreter seiner Arbeitskollegen einsetzte, flog er immer wieder aus den Unternehmen und musste sich („bestimmt zwölffmal“) einen neuen Job suchen. Heute verdient er seine Brötchen als Kommissionierer von Werkstücken in Chemnitz.

Am 1. Mai 1992 trat Jörg Hommel in Frankenberg in die PDS ein. Nachdem er jahrelang zwischen Cottbus und Frankenberg gependelt war (hier lebte seine langjährige Partnerin), kam er 1997 endgültig in unsere Gefilde und fand eine Anstellung in der damals noch rudimentär existierenden „Baumwolle“ in Flöha.

Jörg Hommel engagiert sich nach eigenen Worten in „1. Feuerwehr, 2. Partei und 3. Gewerkschaft“. Er ist - mit Unterbrechungen - langjähriger Ortsvorsitzender der LINKEN in Frankenberg („einer Stadt, in der es politisch viel zu tun gibt: Asyl, Garnisonsstadt, KZ-Gedenkstätte Sachsenburg und anderes“). Er sieht sich als LINKER als politisch denkender und engagierter Bürger. An dem, was in den letzten Jahren im Großen und im Kleinen in seiner Partei läuft, stört Jörg Hommel einiges: Zuviel Sozialdemokratismus in der praktischen Politik, zuviel Personalquerelen. Seinen politischen Platz sieht er deshalb in der kommunistischen Plattform.



zur flüchtlings- und asylproblematik im landkreis mittelsachsen

Die Asyl- und Flüchtlingsproblematik ist vielleicht das wichtigste Thema in unserer heutigen Ausgabe. Davon kündeten der „standpunkt“ von MdL Dr. Jana Pinka, die „kolumne“ von Dr. Michael Matthes sowie der Beitrag von Marika Tändler-Walenta auf dieser Seite. Aus dem von Sabine Lauterbach verfassten Bericht der Kreistagsfraktion ist der Abschnitt zur „Asylproblematik“ ebenfalls auf dieser Seite zu lesen.

Wer hätte noch vor wenigen Monaten gedacht, dass die Flüchtlings- und Asylproblematik die Ausmaße einer neuen „Völkerwanderung“ annehmen würde und Europa sich als uneins und völlig überfordert erweisen würde. In diesen Tagen überstürzen sich die Ereignisse. Alle noch vor wenigen Wochen aufgestellten Prognosen für die Entwicklung der Flüchtlingszahlen sind Makulatur. Jahrelang reichte für Sachsen die Erstaufnahme-Einrichtung in Chemnitz-Ebersdorf aus, bis sie seit 2012 hoffnungslos überfüllt wurde. Sie war ursprünglich für 520 Asylbewerber ausgelegt. Inzwischen nähern sich die Prognosen für die in Sachsen erforderlichen Erstaufnahme-Kapazitäten einer fünfstelligen Zahl.

Wie auch der Äußerung der Kreistagsfraktion der LINKEN zu entnehmen ist, kann man sich seit 7. September auf der Internetseite des Landkreises Mittelsachsen detailliert über die aktuelle Lage und die eingeschätzte perspektivische Entwicklung informieren. Denn Anfang September erhielt der Landkreis die offiziellen Zuweisungszahlen von der Landesdirektion, die auf die Flüchtlingsprognose der Bundesregierung von bis zu 800.000 Asylbewerbern in diesem Jahr basieren. (Auch diese Zahl könnte bald Makulatur sein). Der Landkreis Mittelsachsen muss 2015 entsprechend 3.162 Asylsuchende aufnehmen, bisher waren man von 1.800 Personen ausgegangen. Das bedeutet nach den Worten von Landrat Matthias Damm, dass bis Ende 2016 im gesamten Kreisgebiet Unterbringungsmöglichkeiten für über 6.000 Personen vorhanden sein müssen - in Gemeinschaftsunterkünften und dezentral in Wohnungen.

äußerung der fraktion der linken im kreistag

Der Zustrom von Flüchtlingen reißt nicht ab. Der Bund korrigiert seine Zahlen ständig nach oben. Der Freistaat Sachsen zieht hier nach. Eine neue negative Qualität des Umgangs zwischen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Städten hat vor einigen Tagen Mittweida erreicht. In Mittweida wurde die Hochschulsporthalle ohne Rücksprache mit der Stadt geräumt und als Erstaufnahmelager eingerichtet. Das BAMF hat lediglich den Bürgermeister einige Stunden zuvor informiert. Mit solchen Aktionen ist es natürlich sehr schwer für Verständnis bei der Bevölkerung zu werben. Der Landkreis verhält sich hier sehr viel fairer.

Er versucht so gut wie möglich die Städte und Gemeinden bei der Suche nach geeigneten Unterkünften zu integrieren. Da jedoch die neuesten Zahlen von einer Vervielfachung der Flüchtlinge ausgeht, so wird sich auch der Landkreis neu aufstellen.

Auf der Internetseite des Landkreises wurde am 07. September folgendes veröffentlicht:

„Vorgesehen ist, dass in jeder Stadt und Gemeinde in Abhängigkeit ihrer Einwohnerzahl Flüchtlinge dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Rund 3 700 Plätze sollen so geschaffen werden. Zunächst leben die Asylsuchenden in der Regel eine gewisse Zeit in einer Gemeinschaftsunterkunft und ziehen dann in eine Wohnung. Dort gibt es weiterhin Ansprechpartner und Betreuer für die

Flüchtlinge, außerdem können sie auf bestehende Kontakte aufbauen. „Man muss es sich so vorstellen: Es gibt in den Städten mit zentraler Funktion eine Gemeinschaftsunterkunft, von dort aus werden die Asylsuchenden betreut und Anwohner finden dort auch immer Ansprechpartner bei Fragen und Problemen“, unterstreicht der Geschäftsbereichsleiter Jörg Höllmüller. Die Gemeinden melden die Wohnungen, die bei Bedarf von der Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg mbH (GSQ) eingerichtet werden. Die jeweilige genaue Zahl des Kapazitätsbedarfs für Asylsuchende pro Kommune wird den Städten und Gemeinden noch schriftlich mitgeteilt - sind bereits Gemeinschaftsunterkünfte vorhanden, wird dies entsprechend berücksichtigt.“



flucht und asyl - themen im sächsischen landtag

von Marika Tändler-Walenta

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag begleitet seit Beginn der Wahlperiode die Entwicklungen im Flüchtlingspolitik und setzt eigene Akzente.

Vor dem Hintergrund der uns seit Beginn der Legislatur begleitenden GIDA-Demonstrationen, der Erhöhung der Flüchtlingszahlen und der rassistischen Übergriffe war es der Fraktion gelungen massgeblich in den parlamentarischen Prozess einzuwirken. Dies gelang der Fraktion im Wesentlichen durch die Sondersitzung des Innenausschusses im Zuge des Versammlungsverbot für den 19. Januar 2015 in Dresden. Auch die daran

anknüpfende Fachregierungserklärung vom Innenminister Markus Ulbig und der dazugehörigen Debatte wurde medial als „Sternstunde“ des Parlaments beschrieben. Der politische Fokus der Fraktion lag dabei auf der verfehlten Politik und dem Versagen der 25-jährigen CDU-Regierung in Sachsen. Bei der Fraktionsklausur in Merane am 27. August 2015 wurde ein umfassendes

Handlungskonzept mit dem Titel: Menschenwürdige Aufnahme - verlässliche Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen beschlossen, bei dem zentrale Handlungsfelder der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag benannt werden für eine weltoffene, tolerante und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Sachsen.



Asylsuchende - herzlich Willkommen in Roßwein

Auch die erst kürzlich stattgefunden Sondersitzung „Asyl und Flüchtlinge“ im Sächsischen Landtag am 04. September 2015, als Reaktion auf die rassistischen Übergriffe in Heidenau und anderen Orten erfolgte auf gemeinsamer Initiative der Oppositionsfraktionen LINKE & GRÜNE.

Dabei unterbreitete der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt der Regierungskoalition ein gemeinsames parteiübergreifendes Vorgehen.



Mit Jana unterwegs

Sommertour von
MdL Dr. Jana Pinka

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Natürlich hatte Jana Pinka, die selbst bereits Oma ist, auch Geburtstagsgeschenke im Gepäck. Die Knirpse der Krippengruppe freuten sich ganz besonders über die beiden Hüpfpferdchen, die nach einer ersten Probe sogleich mit viel Spaß bei einem Wetthüpfen ausprobiert wurden. Rechts neben Jana Pinka die KiTa-Leiterin Ulrike Wappler, die durch die Einrichtung mit dem Gütesiegel „Bewegte KiTa“ führte.



Bereits in unserem August-Heft haben wir in Wort und Bild über insgesamt vier Stationen der Sommertour unserer Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka aus Freiberg berichtet. Dabei besuchte sie das Oederaner Rathaus, die Agrozuchtfarm Breitenau und den ELITE Gewerbepark Brand-Erbisdorf. Außerdem ging es zur Bergbauwanderung in das ehemalige Oberschönaer Revier.

Aber die Sommertour ging ab 19. August in ihre zweite Etappe. An diesem Tag war Jana in einer Kindertagesstätte in Siebenlehn (siehe unseren Kurzbericht), am nächsten Tag führte sie Gespräche in der Muldenhütten Recycling und Umwelttechnik GmbH (ein echtes Heimspiel für Jana) und bei der Industrie- und Handelskammer, Region Mittelsachsen und zum Abschluss war sie im Rahmen der Aktion „Perspektivwechsel“ zu Gast in einem Seniorenheim in Freiberg (auch darüber berichten wir im folgenden).

Die folgenden Informationen in Wort und Bild kommen - wie immer - von unserem Redaktionsmitglied **Kerstin Ufer**, Sie ist auch verantwortlich auf die sehr gelungene Internetseite von Jana Pinka.

Unter www.jana-pinka.de kann man sich übrigens ausführlich über ihre Sommertour und vieles mehr informieren.

Bereits Ende Mai feierten die Kinder, Erzieherinnen und Eltern der Kita „**Amalie Dietrich**“ in Siebenlehn den 60. Geburtstag ihrer Einrichtung, deren Träger der Sozialverband des VDK Sachsen e.V. ist. Da MdL Jana Pinka zur Festwoche leider nicht dabei sein konnte, besuchte sie die Mädchen und Jungen am 19. August im Rahmen ihrer Sommertour. Begrüßt wurde die Politikerin von Ulrike Wappler. Die Kita-Leiterin führte sie zunächst durch das 60-jährige Gebäude, das vor acht Jahren einen Anbau erhielt und dessen Zimmer bereits saniert und renoviert wurden. Nun hoffen alle auf eine baldige Fortführung der Arbeiten, damit auch die Korridore ein neues Outfit erhalten. In der Einrichtung werden 17 Krippen- und 56 Kindergartenkinder (darunter 4 Integrationskinder) sowie 70 Hortkinder, die ihr Domizil in der Grundschule haben, von 10 Erzieherinnen betreut. In der Kita, die den Namen der berühmten Siebenlehner Botanikerin und Forscherin Amalie Dietrich trägt, wird besonderer Wert auf die Bewegung an frischer Luft und das Entdecken der Umwelt und Natur gelegt.

Jana Pinka beteiligt sich regelmäßig an der jährlich durch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege initiierten Aktion „Perspektivwechsel“. In diesem Jahr war sie bei den Seniorinnen und Senioren in der Tagespflege des Hauses Johannshof der Seniorenheime Freiberg zu Gast. Die diplomierte Mineralogin und Urfreibergerin hatte vom Helm, über das Arschleder und den Geologenhammer bis hin zu Mineralen sowie Literatur und Schmuck eine Menge typisches Anschauungsmaterial im Gepäck. Interessierte Zuhörer von Jana Pinka (ganz links) waren Norbert Fuchs, Bergkamerad Hubert Keil (arbeitete 28 Jahre untertage, Urgestein der Historischen Freiberg Berg- und Hüttenknappschaft, Rosemarie Möbius und Pflegerin Evelyn Schmidt.

Im Januar veröffentlichten wir den Artikel „Brauchen wir politische Bildung“, im Juni den Beitrag „Die Zukunft neu denken“ - beide aus der Feder unseres Redaktionsmitglieds Achim Grunke aus Freiberg. Sie gaben uns den Anstoß für unsere neue Serie auf Seite -10-, die wir offiziell im vergangenen Monat begonnen haben. Über Ziel und Inhalt haben wir uns noch einmal verständigt.

Vorstellung von Persönlichkeiten, Wertung historischer Ereignisse, Hintergründe zu gesellschaftlichen Prozessen in Vergangenheit und Gegenwart - so kann man in etwa das Spektrum der Themen umreißen, welches wir in unserer Serie zur politischen Bildung behandeln.



Unser Redaktionsmitglied Achim Grunke aus Freiberg - Koordinator und Ideengeber für unsere neue Serie zur politischen Bildung und Information.

Dabei - so Grunke - gehe es um das Selbstverständnis der aus PDS und WASG zusammenwachsenden LINKEN. Im kommenden Jahr sollte dabei mit dem 70. Jahrestag der Gründung der SED ein Schwerpunkt gesetzt werden. Schön wäre es, wenn sich Leserinnen und Leser der LinksWorte mit eigenen Beiträgen an der Debatte beteiligen würden und daraus ein Kreis politisch Interessierter hervorgehen würde, der sich zur Diskussion zusammenfinden würde.

Achim Grunke war seit Frühjahr 1994 bis 2007 Vorsitzender des Kreisverbandes Freiberg. Am 27. Oktober 2007 wurde er zum ersten Vorsitzenden des neuen Kreisverbandes Mittelsachsen der LINKEN gewählt.

Achim Grunke habilitierte sich im Jahr 1989 mit seiner Arbeit „Menschenrechte in der Auseinandersetzung und im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme“ zum Dr.sc.pol. (hw)

Flüchtlinge – Fluchtursachen – Menschenrechte

Von Achim Grunke

Nach Angaben des UNHCR (Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) befinden sich derzeit weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dass ist die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR registriert wurde. Das UNHCR schätzt ein, dass die Zahl der Flüchtenden noch weiter wachsen wird. Jedoch den größten Teil davon – 38,2 Millionen – machen die sogenannten Binnenvertriebenen aus. Sie fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, ohne dabei internationale Landesgrenzen zu überschreiten. Binnenvertriebene sind, anders als Flüchtlinge, nicht durch internationale Abkommen geschützt und stehen offiziell nicht unter dem Mandat von UNHCR. Dennoch kümmert sich UNHCR seit vielen Jahren um die Bedürfnisse von Binnenvertriebenen. Denn oftmals befinden sie sich in sehr ähnlichen Situationen wie Flüchtlinge und haben einen ähnlichen Hilfsbedarf.

Die zweite Gruppe sind die 19,5 Millionen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Neun von zehn Flüchtlingen leben in Entwicklungsländern, da die meisten Flüchtlinge lediglich in ein angrenzendes Nachbarland fliehen.

Nach Deutschland kamen seit Jahresbeginn bis Ende August über 400.000 Flüchtlinge an, doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2014. Die Flüchtlinge sind nach Artikel 1 des Grundgesetzes menschenwürdig unterzubringen, auch hier gelten die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft“. Gleichzeitig ist darüber nachzudenken, warum die Menschen sich auf der Flucht befinden und wie die Fluchtursachen beseitigt werden können. Das hilft auch, mental besser mit dem Flüchtlingsproblem im Lande umzugehen.

Fluchtursachen

Menschen flüchten aus ihrer angestammten Heimat nicht freiwillig, sondern weil sie an Leib und Leben bedroht sind (Krieg, Unterdrückung, Verfolgung) oder die Lebensbedingungen am Herkunftsort unerträglich geworden sind (Armut, Hunger). Allein ein Wohlstandsgefälle setzt allerdings noch keine „Migrationsautomatik“ in Gang. Dann hätten bisher wesentlich mehr Menschen aus ärmeren, wirtschaftlich

schwächeren Regionen innerhalb der EU die Freizügigkeit für einen Umzug in deren Wohlstandsgebiete genutzt. Jedoch ist nicht zu verkennen, dass durch die Globalisierung der Massenmedien auch Migrationsanreize gefördert werden, indem Bilder und Illusionen von einem besseren Leben in fernen Ländern des Nordens bis in die letzten Slumhütten transportiert werden.

Bereits in einem Thesenpapier einer gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing mit dem UNHCR im Juli 1991 wurde die Beseitigung der Fluchtursachen zu einer zentralen Aufgabe der internationalen Politik erklärt. Als maßgebliche Fluchtursachen werden benannt „ein kompliziertes Geflecht aus Menschenrechtsverletzungen, Armut und Hunger. Neben der direkten, unmittelbaren Gewalt des Krieges und der politisch, religiös oder ethnisch motivierten Verfolgung sind die Menschen in ihren Lebensräumen zusätzlichen Bedrohungen durch die fortschreitende Umweltzerstörung ausgesetzt.“

Mitverantwortung des Nordens

Zu wenig wurde seither getan, um den Fluchtursachen zu begegnen. Im Gegenteil: die Länder des Nordens (oder des „Westens“) haben eine Mitschuld an der teilweisen Verschärfung der Fluchtursachen in den zurückliegenden Jahrzehnten.

Die Bestrebungen der USA, ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen (z.B. Errichtung eines Militärstützpunkts auf dem Balkan: Camp Bondsteel im Kosovo) und unter ihrer Führung nach dem Zusammenbruch des Sozialismus eine Neuaufteilung der Welt vorzunehmen, haben zu einer politischen Destabilisierung der betreffenden Regionen geführt. Der völkerrechtswidrige Krieg der USA und der „Allianz der Willigen“ im Irak sowie das militärische Eingreifen des Westens in Afghanistan, Syrien, Libyen und dem Kosovo mit dem erklärten Ziel, Demokratie zu bringen, haben in diesen Gebieten die Lage meistens noch verschlimmert. Bürgerkrieg, Tod, Gewalt und Perspektivlosigkeit haben den gegenwärtigen Massenzug von Flüchtlingen mit erzeugt.

Neben Syrien gehört derzeit zu den Hauptherkunftsländern der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge der Kosovo, der zu einem „sicheren Herkunftsstaat“ erklärt werden soll. Amnesty International hat den Kosovo gerügt: wegen mangelndem Minderheitenschutz sowie der Nichtverfolgung der an Serben

begangenen Kriegsverbrechen. Es bestehen enge Beziehungen zwischen Teilen der aus der ÜÇK hervorgegangenen politischen Klasse und kriminellen Strukturen. Nach Erkenntnissen des BND betreiben die kosovarischen Spitzenpolitiker Thaci, Halili und Haradinaj eng verflochtene Netzwerke organisierter Kriminalität, die Politik und Wirtschaft tief durchdringen. Als Ergebnis der Transformationsprozesse und der politischen Umgestaltung seit dem Kosovokrieg und der Tolerierung der neuen Machtstrukturen durch die EU und die USA habe sich damit eine „Gangsterbandenkultur“ durchsetzen können, die den restlichen Teil der Gesellschaft in Geiselschaft hält.

Als fluchttreibende Ursachen auf dem afrikanischen Kontinent, wo der Norden eine Mitverantwortung trägt, benennt der Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade u.a. folgende Beispiele aus dem „neokolonialen Hexenkessel“:

- die Steuergesetze, die Ländern wie zum Beispiel Tansania von IWF, WTO und Weltbank aufgezungen wurden, die internationale und auch europäische Konzerne begünstigten, aber damit die betreffenden Staaten um dringend benötigte Steuereinnahmen bringen;
- die Ruinierung der westafrikanischen Küstenfischerei durch die schwimmenden Fischfabriken („Aus dem Netz in die Dose!“) aus Europa, aber zum Beispiel auch aus Japan mit ihren durch Staatsverträge eingeräumten Fischereirechten;
- die Erwürgung der afrikanischen Agrarproduktion durch europäische Billigimporte und der afrikanischen Textilindustrie durch den Import von gebrauchten Textilien, die aus den humanitär gedachten europäischen Kleiderspenden stammen;
- die Zölle, mit denen Europa afrikanische Erzeugnisse von seinen Märkten ausschließt, während Weltbank und IWF die Öffnung afrikanischer Märkte erzwingen.

Menschenrechte

Solange es nicht gelingt, die Fluchtursachen einzudämmen, ist es illusorisch und realitätsfern mittels administrativer Abwehrmaßnahmen, abschreckender Gesetzgebung und hohen Zäunen den Flüchtlingsstrom

aufhalten zu wollen. Die restriktiven Maßnahmen der EU (Schengen, Dublin) haben sichere Fluchtwege nach Europa verengt, das Prinzip der Freizügigkeit stranguliert und das Unwesen der Schlepperbanden nur begünstigt.

Auch für Flüchtlinge hat das menschenrechtliche Prinzip der Freizügigkeit zu gelten, dessen universelle Bedeutung in Zeiten des kalten Krieges vom Westen im ideologischen West-Ost-Schlagabtausch immer hervorgehoben wurde.

Im Angesicht der Auswirkungen des II. Weltkriegs und der rassistischen und politischen Verfolgung von Menschen in faschistischen Diktaturen war in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO von 1948 bestimmt worden: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.“ Dieser Programmsatz besaß jedoch keine völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Im 1966 von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte wurde in Artikel 12 als verbindliches Völkerrecht gefasst: „Jedermann steht es frei, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen.“ Aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts meinen Völkerrechtler aber, dass ohne ein Recht auf Einwanderung das Recht auf Auswanderung nur einen halben Wert habe. Deshalb wurde schon in dem Thesenpapier von Tutzing 1991 die Forderung erhoben: „Als globale Zielstellung sollte auch das Einwanderungsrecht zu den Menschenrechten gehören.“

Da sich seit der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 die Ursachen von Fluchtbewegungen erheblich erweitert haben, wäre angesichts dessen auch ein erweiterter Flüchtlingsbegriff nötig, der auch existenzbedrohende Zwangslagen mit erfasst. Denn nach der Konvention von 1951 haben den Status eines Flüchtlings nur Personen „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen politischer Überzeugung“.

An der Zeit wäre auch, den aus wirtschaftlicher Not und Armut Flüchtenden das Stigma von „Wirtschaftsflüchtlingen“ abzustreifen und auch für sie soziale und humanitäre Mindeststandards sicher zu stellen.

kreisvorstand aktuell

Die Sitzung des Kreisvorstandes fand am 9. September in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg statt. Zum ersten Tagesordnungspunkt (Vorbereitung auf die Beratungen des Landesparteitages) waren die gewählten Delegierten des Landesparteitages eingeladen.

Im Mittelpunkt der Beratung standen folgenden Schwerpunkte:

- **Die Vorbereitung auf den am darauffolgenden Wochenende (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) stattfindenden Landesparteitag.** Dazu gab es einleitende Bemerkungen des Kreisvorsitzenden Falk Neubert und von Marika Tändler-Walenta, die beide in den vorbereitenden Gremien (u.a. Antragskommission) mitarbeiten. Der Landesparteitag wird, so Falk Neubert - neben der aus aktueller Sicht unbedingt notwendigen Positionierung des Landesverbandes in der aktuellen Asyl- und Flüchtlingsdebatte - folgende Aufgaben haben: Die Diskussion des Leittrages sowie zu Satzungsänderungen und weiteren Anträgen sowie die Wahl des Landesvorstandes und andere Parteiwahlen. Dabei werden Jana Pinka aus Freiberg als stellvertretende Landesvorsitzende und Sabine Pester, Mitarbeiterin von MdL Falk Neubert, als Mitglied des Landesvorstandes kandidieren. Marika Tändler-Walenta informierte zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Leittrages an den Parteitag sowie zu weiteren Anträgen zur strategischen Ausrichtung des Landesverbandes. Zu den Ausführungen von Falk Neubert und Marika Tändler-Walenta erfolgte eine ausführliche Diskussion (siehe dazu Seite -4- dieser Ausgabe).
- **Die Asylfrage und ihre Auswirkungen im Landkreis Mittelsachsen.** Dazu informierte David Rausch, stellvertretender Kreisvorsitzender und asylopolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion. Zum Kreistag am 23. September werde sich die Fraktion mit Vorschlägen und Forderungen an die Landkreisverwaltung einbringen.
- **Die abschließende Einschätzung der Finanzierung des Landrats- und Bürgermeister-Wahlkampfes 2015.** Dazu informierte Schatzmeister Hans Weiske.
- **Die Vorbereitung des Kreisparteitages.** Er wird (voraussichtlich) am 7. November in Altmittweida stattfinden.

kurz informiert:

Marika Tändler-Walenta, bisher Regionalmitarbeiterin der Landtagsfraktion, ist seit kurzem - befristet - persönliche wissenschaftliche Mitarbeiterin des Landesvorsitzenden Rico Gebhardt.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

im monat oktober 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Sonia Zimmer	geb. am 03.10.1925,	in	Hainichen
Edith Herrmann	geb. am 06.10.1922,	in	Freiberg
Heinz Uhlemann	geb. am 08.10.1930,	in	Brand-Erbisdorf
Karla Börner	geb. am 09.10.1925,	in	Freiberg
Gertrud Paa	geb. am 13.10.1927,	in	Rochlitz
Renate Frost	geb. am 13.10.1932,	in	Halsbrücke
Dieter Lauterbach	geb. am 14.10.1935,	in	Flöha
Günther Zinke	geb. am 17.10.1929,	in	Mittweida
Bodo Kürschner	geb. am 18.10.1925,	in	Hainichen
Inge Kattner	geb. am 18.10.1930,	in	Frankenberg/Sa.
Ursula Unger	geb. am 19.10.1925,	in	Brand-Erbisdorf
Bärbel Bicher	geb. am 19.10.1955,	in	Freiberg
Inge Kühne	geb. am 20.10.1926,	in	Döbeln
Ehrenfried Dietel	geb. am 21.10.1929,	in	Döbeln
Siegfried Uhlig	geb. am 24.10.1929,	in	Oederan
Hanna Lindner	geb. am 26.10.1926,	in	Roßwein
Sieglinde Moschke	geb. am 30.10.1950,	in	Döbeln



jahrestage im oktober 2015

16. - 18.10. 1865: Anlässlich einer Frauenkonferenz wird in Leipzig der Allgemeine Deutsche Frauenverein gegründet. Zu den Konferenzgästen gehört auch August Bebel.

12. - 18.10. 1890: Auf ihrem ersten legalen Parteitag nach dem Sozialistengesetz in Halle (Saale) beschließt die deutsche Sozialdemokratie ein neues Organisationsstatut und gibt sich den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

05. - 16.10. 1925: Konferenz von Locarno und Abschluss der Locarnoverträge.

03. - 15.10. 1935: Eine Parteikonferenz der KPD bei Moskau (Brüsseler Konferenz) verständigt sich auf notwendige Neuorientierungen der Politik im Kampf gegen den Faschismus.

21.10. 1940: In Südfrankreich wird die Leiche von Willi Münzenberg aufgefunden. Der ehemalige Leiter des KPD-Medienverbundes gehörte zu den Kritikern Stalinscher Politik. Er war zuvor aus einem Internierungslager bei Lyon geflohen. Sein Todesdatum ist nicht bekannt.

03. - 08.10. 1945: I. Kongress des Weltgewerk-

schaftsbundes in Paris. Gründung des WGB.

24.10. 1945: Die UN-Charta tritt in Kraft.

29.10. 1945: Die I. Weltjugendkonferenz tritt in London zusammen.

23.10. 1955: Die Bevölkerung des Saargebietes lehnt das Saarstatut ab, das faktisch eine dauerhafte Bindung an Frankreich vorsieht.

03.10. 1990: Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 endet die 41-jährige Periode der deutschen Zweistaatlichkeit.

14.10. 1990: Mit dem Inkrafttreten des Ländereinführungsgesetzes wird in der DDR die Länderstruktur wieder hergestellt.

Wer kein schlechtes Gewissen hat, hat überhaupt keins.

Thomas Niederreuther

Unglück macht Menschen. Wohlstand macht Ungeheuer.

Victor Hugo

terminübersicht

september 2015

12./13.09. 12. Landesparteitag des Landesverbandes Sachsen der LINKEN
Neukiritzsch, ParkArena

21.09. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

oktober 2015

05.10. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

10.10. 12 Uhr Großdemonstration gegen TTIP und CETA
Berlin

21.10. 18 Uhr Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden sowie Abgeordneten zur Frage Asyl mit MdL Juliane Nagel Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“

vorschau november 2015

07.11. (alternativ 14.11.) Kreisparteitag (voraussichtlich in Altmittweida)



Das in Oranienburg nördlich von Berlin gelegene KZ Sachsenhausen (auf unseren Bildern oben die Hinrichtungsstätte, unten ein Teil des Mahnmals der 1961 hier errichteten Nationalen Mahn- und Gedenkstätte) wird seit 1993 als Gedenkstätte und Museum von der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten betreut. Das 1936 auf direkten Befehl Himmlers eingerichtete Konzentrationslager hatte eine Sonderrolle im KZ-System der Nazis. Es diente als Ausbildungsort für KZ-Kommandanten und das Bewachungspersonal im gesamten NS-Machtbereich. In einer im August 1941 eingerichteten Massenerschießungsanlage (heute noch erhalten) wurden bis zu 18.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Am 21. April 1945 wurde es durch die Rote Armee befreit.



Bemerkenswert: Der im neuerrichteten NS-Dokumentationszentrum in München seit 1. Mai eingerichtete „Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus“. Ganz konzentriert auf München, von Hitler 1935 zur „Hauptstadt der Bewegung“ erklärt. Mit den traurigen geschichtlichen Höhepunkten des pompösen Staatsbesuchs Mussolinis 1937 an der Kult-Stätte um Königplatz und Briener Straße (dort befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Braunen Hauses das NS-Dok.-Zentrum) und der Unterzeichnung des Münchener Abkommens im heute als Gebäude noch existierenden ehemaligen „Führerbau“. Die hochtrabenden „architektonischen“ Pläne Hitlers für München sind allerdings nie zur Ausführung gekommen. Besonders beeindruckend die Darstellung des Widerstands und der Ausstellungsteile „Zwischen Aufarbeitung, Kontinuität und Verdrängung“ sowie „Gegen das Vergessen“.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:

**Gerhard Karl aus Döbeln
Susanne Albrecht aus Burgstädt**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.